

1 **Antrag an den Unterbezirksparteitag 2006**

2
3 Antragssteller : SPD UB Vorstand Potsdam-Mittelmark

4
5 Antragsgegenstand: Satzung des SPD UB PM vom 27.04.2002

6
7
8 **Antrag:**

9
10 § 2 Organe Punkt 3

11
12 " *Unterbezirksausschuss*" **ist zu streichen**

13
14
15 § 6 Unterbezirksvorstand, Punkt 3

16
17 Die Leitung des Unterbezirkes obliegt dem Unterbezirksvorstand auf der Basis der Beschlüsse der
18 Unterbezirksparteitage

19 "und des *Unterbezirksausschusses*" **ist zu streichen**

20
21
22
23 § 8 Unterbezirksausschuss, Punkt 3

24
25 " *Der Unterbezirksausschuss ist das höchste Gremium des Unterbezirkes zwischen*
26 *den Parteitag.*" **Der Satz ist komplett zu streichen.**

27
28
29
30
31 **Begründung:**

32 Angleichung der UB Satzung mit den entsprechenden Regelungen im Organisationsstatut der SPD
33 und der Satzung des SPD Landesverbandes Brandenburg,

1 Antrag Nr.: 1

2

3 Antragsteller: Jusos Potsdam-Mittelmark

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 „Landesregierung und Landtagsfraktion der SPD werden aufgefordert, das aktive Wahlalter
8 im brandenburgischen Kommunalwahlgesetz bis zur Kommunalwahl 2008 auf 16 Jahre her-
9 abzusetzen.“

10

11 **Begründung:**

12

13 Die anspruchsvollste und intensivste Möglichkeit der Partizipation in einer Demokratie ist das
14 Wahlrecht. Die historische Entwicklung der Jugendlichen hin zu mehr verantwortungsbe-
15 wusster Selbstständigkeit, einem gestiegenen Grundverständnis der demokratischen Ord-
16 nung und einer gewachsenen politischen Urteilsfähigkeit, insbesondere in kommunalpoliti-
17 schen Fragen, bedingt die Herabsetzung des Wahlalters im Bereich der Kommunalpolitik auf
18 16 Jahre.

19 Gerade junge Menschen müssen in einer lebendigen Demokratie für Politik gewonnen und
20 dürfen nicht als „Dümmlinge“, die sowieso „falsch“ wählen, abgestempelt werden. „Falsch“ ist
21 an dieser absurden Argumentation nur, dass es Politik, bzw. die Träger dieser, immer wieder
22 nicht schaffen, die heranwachsende Generation auf Grund von akuten Übermittlungsproble-
23 men zu erreichen.

24 Wichtige Zukunftsfragen werden schon heute von einer älteren Generation versucht zu be-
25 antworten, obwohl viele der Antworten auf diese Fragen direkte Auswirkung auf die Bevölke-
26 rungsgruppe zwischen 16 und 18 Jahren haben.

27 So kann bedingt durch die fortschrittliche historische Entwicklung ein Jugendlicher zwar mit
28 16 Jahren schon in freier Selbstverantwortung über seine spätere Erwerbsbiografie bestim-
29 men (Wahl eines Berufsausbildungsverhältnisses oder eines weiterführenden Weges zum
30 Hochschulstudium), muss aber seine Zukunftschancen und -möglichkeiten, die maßgeblich
31 durch die Politik beeinflusst werden, lediglich zur Kenntnis nehmen.

32 In vielen anderen Bundesländern ist das kommunale Wahlalter bereits auf 16 Jahre abge-
33 senkt. in Berlin soll es, so die Übereinkunft fast aller Parteien, für die nächste Wahl der zwölf
34 Berliner Bezirksverordnetenversammlungen im Jahr 2006 auch auf 16 Jahre abgesenkt wer-
35 den.

36 Bei Berlins Nachbarn Brandenburg dürfen vor allen Dingen die gesetzgebenden Gremien
37 (SPD-Landtagsfraktion) sich diesen enormen Entwicklungen nicht verschließen und müssen
38 zur Kommunalwahl 2008 das aktive Wahlrecht für Bürger ab 16 Jahren ermöglichen.

39

1 Antrag Nr.: 2

2

3 Antragsteller: Jusos Potsdam-Mittelmark

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 „Der SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark spricht sich dafür aus, dass die Direktwahl der
8 Landräte bis zur Kommunalwahl 2008 in die Kommunalverfassung aufgenommen wird.“

9

10 **Begründung:**

11

12 Der **Landrat** ist nach §50 Landkreisordnung nicht nur, wie immer wieder von Gegnern der
13 Direktwahl betont wird, hauptamtlicher Beamter auf Zeit und Leiter der Kreisverwaltung, son-
14 dern auch rechtlicher Vertreter und **Repräsentant des Landkreises**.

15 Viele Untersuchungen zeigen, dass insbesondere die mündigen Wähler dies auch so wahr-
16 nehmen und sich die Direktwahl der Landräte in der heutigen Parteiendemokratie wünschen.

17 Es würde neben der Untermauerung der Unabhängigkeit des Landrates eine wesentlich
18 stärkere Identifikation der Landräte mit den Landkreisen geben.

19 Es ist nicht ergründbar, warum das Land Brandenburg inzwischen fast ausschließlich, denn
20 viele andere Bundesländer haben die Direktwahl der Landräte schon seit längerer Zeit recht-
21 lich festgeschrieben, die Landräte immer noch über die Kreistage wählen lässt.

22 Parteitaktisches Geplänkel und politische Ränkespiele, wie sie immer wieder im Vorfeld der
23 Landratswahlen durch den Kreistag nach bewährtem Ritual abgehalten werden, dürfen nicht
24 noch mehr die Demokratie gefährden und zu weiteren negativen Wahrnehmungen von Poli-
25 tik in der Bevölkerung führen.

26 Gerade die SPD als eine der größten Volksparteien sollte sich dieses Themas annehmen
27 und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Direktwahl der Landräte im Land Branden-
28 burg bis spätestens zur Kommunalwahl 2008 schaffen.

1 Antrag Nr.:3

2

3 Antragsteller: Jusos Potsdam-Mittelmark

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Der SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark fordert das zuständige Bildungsministerium der
8 SPD-geführten Brandenburger Landesregierung auf, durch Novellierung der Verwaltungs-
9 vorschrift über die Unterrichtsorganisation dem Schulsterben im ländlichen Raum ein Ende
10 zu setzen und andere Strategien zu erarbeiten, mit denen die Schulstruktur im Flächenland
11 Brandenburg hinreichend erhalten werden kann.

12

13 **Begründung:**

14 Die Verwaltungsvorschrift über die Unterrichtsorganisation enthält Angaben über die Fre-
15 quenzrichtwerte und Bandbreiten zur Neubildung bzw. zum Erhalt von Klassen. So ist unter
16 anderem festgelegt, dass die SEK 1 nur eingerichtet werden kann, wenn der untere Band-
17 breitenwert von 20 Schülern (Grundzentren: 15 Schüler) nicht unterschritten wird. Die Aus-
18 nahmeregelung für Grundzentren (Anmerkung: die zentralörtliche Gliederung wird derzeit mit
19 dem Ziel der drastischen Reduzierung der Grundzentren überarbeitet) wurde durch ver-
20 schiedene Ergebnisse von Kommissionen und Gutachten als wichtig für den flächendecken-
21 den Erhalt von weiterführenden Schulen gehalten.

22 Leider zeigt sich im Land Brandenburg die Realität etwas härter als vermutet. Durch die rein
23 zahlenbasierte Regelung kommt es immer mehr zum Ungleichgewicht an vorhandenen
24 Schulstandorten in urbanen und peripheren Räumen. Während insbesondere in Städten die
25 Jahrgangsklasse 7 bis zu 6-zügig oder mehr gebildet wird, sterben die weiterführenden
26 Schulen im ländlichen Raum völlig aus. Konsequenzen daraus sind nicht zuletzt weite An-
27 fahrtswege für die Schüler oder das Zusammenbrechen des ÖPNV, welcher größtenteils
28 über die Schülerbeförderung gestützt wird.

29 Eine zukunftsorientierte Schulstrukturpolitik darf sich nicht nur an den bloßen Schülerzahlen
30 einzelner Schulen orientieren, sondern muss viel mehr die geografischen Besonderheiten
31 berücksichtigen. Es ist nicht hinnehmbar, dass 2 Schulen in unmittelbarer Nähe geschlossen
32 werden, obwohl sie zusammen sicher überlebt hätten, und die Schüler über viele Kilometer
33 an eine städtische Schule gebracht werden, die völlig aus allen Nähten platzt.

34 Das Bildungsministerium muss sich frühzeitig in Zusammenarbeit mit den zuständigen Äm-
35 tern dieser Problematik annehmen, um zu vermeiden, dass der gesellschaftspolitisch äu-
36 ßerst wichtige Standort Schule insbesondere in ländlich geprägten Regionen nicht vollstän-
37 dig eliminiert wird. Die Verwaltungsvorschrift über die Unterrichtsorganisation ist für da
38 nächste Schuljahr entsprechend zu novellieren.

1 Antrag Nr.: 4

2

3 Antragsteller: Jusos Potsdam-Mittelmark

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Der SPD Unterbezirk Potsdam -Mittelmark fordert den SPD-Landesverband auf, eine Arbeitsgruppe „Demographische Entwicklung in Brandenburg“ einzusetzen. Diese Arbeitsgruppe erhält den Auftrag, Lösungen für die Herausforderungen zu suchen, die sich durch den demographischen Wandel für alle Politikbereiche ergeben. Sie soll Partei, Regierung und Landtagsfraktion konkrete Vorschläge unterbreiten, wie den Problemen durch die Alters- und Abwanderungsentwicklung begegnet werden kann.

13

14 **Begründung:**

15

16 Die demographische Entwicklung ist bereits heute - aber erst recht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten - eine der bedeutsamsten Bedingungsfaktoren für alle Politikfelder. Es sind schon heute massive Auswirkungen vorrausehbar für:

19

- den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt

20

- die Zukunftszuversicht junger Leute

21

- die Sicherung von Wohlstand

22

- die finanziellen Möglichkeiten des Landes und der kommunalen Körperschaften,

23

- die Existenz und Handlungsfähigkeit der kommunalen Körperschaften,

24

- die Gesundheits- und Altersversorgung, insbesondere im ländlichen Raum

25

- die Schul- und Bildungsentwicklung

26

- die wirtschaftlichen Perspektiven in den Regionen

27

- das Angebot von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen

28

- die Verkehrsinfrastruktur

29

- die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung

30

und viele weitere mehr.

31

Es stellen sich beispielsweise folgende Fragen:

32

- Wie wollen wir Schule im ländlichen Raum künftig organisieren, um allen brandenburgischem Schülern qualitativ gute Bildungsperspektiven zu bieten?

33

34

- Welche Aussichten können wir sowohl den jungen als auch älteren Menschen im Land im Hinblick auf Arbeitsplätze bieten?

35

36

- Wie wird es den Kommunen, Landkreisen und kreisfreien Städten künftig noch möglich sein, ihre gesetzlichen und Selbstverwaltungsaufgaben zu erfüllen?

37

38

- Wie sind den Schwierigkeiten in der Gesundheitsversorgung und der Betreuung alter Menschen vor allem in der Fläche des Landes zu begegnen?

39

40

- Mit welchem finanziellen Spielraum können das Land und die kommunalen Körperschaften in Zukunft überhaupt noch rechnen?

41

42

Nur wenn Brandenburg und die SPD diesem Wandel und den damit aufgeworfenen Herausforderungen gerecht werden und Antworten auf die damit verbundenen Fragen finden, können wir Brandenburgs Zukunft und die Lebenschancen der Brandenburger absichern.

43

44

- 1 Die SPD in Brandenburg war immer in der Lage unabhängig von Regierungs- und Koaliti-
- 2 onszugehörigkeit eigene Vorstellungen zur Lösungen von Problemen und der Entwicklung
- 3 von Zukunftslösungen zu finden.
- 4 Die Arbeitsgruppe soll dennoch nicht als „Closed Shop SPD“ verstanden werden, sondern
- 5 auch die Möglichkeit eröffnen, das Handeln von Regierung und Landtagsfraktion in die Un-
- 6 tergliederung hinein zu transportieren und einen breiten Diskussionsprozess zu ermöglichen,
- 7 der eine vertretbare Lösung der Zukunftsfragen für alle Regionen Brandenburgs und das
- 8 zukünftige gemeinsame Land Berlin-Brandenburg zum Ergebnis hat.
- 9 Zur konzeptionellen Vorbereitung bietet sich, wie vorgehend erläutert, auf Grund der Kom-
- 10 plexität und Vielschichtigkeit der angesprochenen Problemkreise die Einsetzung einer Ar-
- 11beitsgruppe an, die als offener Ideensammler und Ideenträger der Partei helfen soll, der o-
- 12ben skizzierten Aufgabe gerecht zu werden und konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

1 Antrag Nr.:5

2 Antragsteller: Jusos Potsdam-Mittelmark

3

4 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

5

6 Antrag an den SPD-Landesverband:

7

8 Der SPD Landesverband wirbt und fördert verstärkt den politischen Nachwuchs im Hinblick
9 auf die Kommunalwahlen 2008. Dazu werden über die SPD- nahe Stiftung und andere Ex-
10 terne hinaus, **insbesondere innerhalb der eigenen Partei**, gezielte Veranstaltungen, Dis-
11 kussionsrunden und dergleichen in den Ortsvereinen, Unterbezirken und in den Gremien auf
12 Landesebene mit den potenziellen neuen jungen Kandidaten durchgeführt. Ziel hierbei ist
13 auch die direkte politische Ansprache von jungen Nichtmitgliedern, welche auf der SPD-Liste
14 kandidieren wollen.

15 Darüber hinaus werden den jungen Kandidaten insbesondere als Konsequenz vergangener
16 Kommunalwahlen weitaus aussichtsreichere Listenplätze als bisher üblich schon bei der
17 Erarbeitung des Listenvorschlages eingeräumt.

18

19 **Begründung:**

20

21 Die Kommunalwahl 2003 hat gezeigt, dass die SPD im Land Brandenburg ein erhebliches
22 Nachholpotenzial bei der Besetzung kommunaler Vertretungen mit jungen Bürgern hat. In
23 vielen Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen, sowie
24 Ortsbeiräten und Ausschüssen ist das Durchschnittsalter bei weit über 50 Lebensjahren.
25 Positiv ist an dieser Tatsache eigentlich nur, dass die alten Zugpferde in den Wahlkreisen
26 nach altem Brauch weit oben stehen auf der Wahlliste, so viele Stimmen für die SPD holen
27 und fast immer automatisch in die entsprechende Vertretung einziehen.

28 Negative Begleiterscheinung bleibt die Tatsache, dass Jugendlichen durch schlechte Listen-
29 plätze der Zugang zur Kommunalpolitik schon vor den eigentlichen Wahlen verwehrt wird,
30 auch wenn sie meist nach der Wahl ihren Listenplatz verbessern konnten.

31 Auf einem Treffen der SPD-Ortsvereinsvorsitzenden und Unterbezirksvorsitzenden im Feb-
32 ruar 2006 hat der Bundesvorsitzende der SPD und Ministerpräsident des Landes Brande-
33 nburg Matthias Platzeck ausdrücklich hervorgehoben, dass die SPD in den nächsten 10 Jah-
34 ren über 50% ihrer kommunalen Vertreter altersbedingt verlieren wird. Hinzu kommt, dass
35 eine Vielzahl der Bürgermeisterposten aus dem gleichen Grund neu besetzt werden müssen.
36 Die SPD muss angesichts dieser Altersdiskrepanz schon jetzt klare Strategien verfolgen, wie
37 die jungen Politiker sich stärker im Vorfeld der Wahl etablieren können und diesen dann aus-
38 sichtsreiche Möglichkeiten zum Einzug in die kommunale Vertretung bieten.

39 Dies muss beispielsweise durch Veranstaltungen bzw. Diskussionsrunden, welche dem
40 Zweck dienen, Gedanken auszutauschen, die Jugend früh auf die Kommunalpolitik vorzubere-
41 iten und sie im Großen und Ganzen fit zu machen für die zukünftige Arbeit in der Kommu-
42 nalpolitik, geschehen.

43 Die SPD-Untergliederungen im Land Brandenburg sind diesbezüglich absolut entscheidende
44 Handlungsträger. Hauptsächlich von ihnen müssen Impulse ausgehen, welche die Zukunfts-
45 fähigkeit der Partei in der Kommunalpolitik nachhaltig sichern werden.

1 Antrag Nr.: 6

2

3 Antragsteller: Jusos Potsdam-Mittelmark

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Der SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark fordert die SPD-Fraktion im Brandenburger Land-
8 tag zur Streichung der Konditionierung des Rechtsanspruches auf Kindertagesbetreuung im
9 Kindertagesstättengesetz auf.

10

11 **Begründung:**

12

13 Seit dem Jahr 2000 wurde die Kindertagesbetreuung sukzessive erheblich durch die SPD
14 geführte Landesregierung im Land Brandenburg eingeschränkt. Der volle Rechtsanspruch
15 auf Kindertagesbetreuung sollte aber für uns Sozialdemokraten oberste Priorität haben.

16 Matthias Platzeck betont als Bundesvorsitzender und Ministerpräsident fortwährend die hohe
17 Wichtigkeit des Anspruches, aber dennoch folgen dem Gesagten im eigenen Land keine
18 Taten und dies zu Lasten der Kinder.

19 Während so ziemlich jeder Erwachsene in der Bundesrepublik über dieses Thema diskutiert,
20 sind es gerade sie, die teilweise keine Chance haben, in der frühen Phase des Lebens in die
21 soziale Gemeinschaft der Kita integriert zu werden.

22 Beinahe paradox erscheinen in diesem Zusammenhang die Forderungen nach kostenloser
23 Kita - Betreuung, mit der sich einige CDU-Politiker als familienfreundlich und gerecht darstel-
24 len wollen. Gerade die Christdemokraten waren jedoch der treibende Keil in der Debatte um
25 die Einschränkung des Rechtsanspruches während der vergangenen Jahre.

26 Viel stärker als bisher muss die SPD im Land Brandenburg zeigen, dass wir die politische
27 Kraft mit der besseren sozialen Kompetenz sind.

28 Der erste Schritt dazu muss die Streichung der Konditionierung des Rechtsanspruches im
29 Kita- Gesetz sein.

1 Antrag Nr.: 7

2

3 Antragsteller: Jusos Potsdam-Mittelmark

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Die SPD geführte Landesregierung wird zum Aufbau einer Anlauf- und Beratungsstelle für
8 alle kommunalen jugendlichen Interessenvertretungen des Landes Brandenburg (Jugendpar-
9 lamente, Jugendbeiräte u. a.) und potenziell in Gründung befindliche, unter Federführung
10 des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, aufgefordert.

11

12 **Begründung:**

13 Im Land Brandenburg gibt es einige jugendliche Interessenvertretungen, insbesondere auf
14 kommunaler Ebene. Die Kinder und Jugendlichen organisieren sich in Projektstammtischen,
15 Jugendparlamenten, Jugendbeiräten und vielem mehr.

16 Problem ist aber nach wie vor, dass vor allen Dingen potenziellen Interessenten für den Auf-
17 bau von Interessenvertretungen meist entsprechendes Material oder Ansprechpartner feh-
18 len.

19 Diesem Umstand muss durch die Schaffung einer Anlauf- und Beratungsstelle für jugendli-
20 che Interessenvertretungen begegnet werden. Diese soll zentrale Anlaufstelle für alle dies-
21 bezüglichen Fragen sein und als solche auch in den Schulen und Jugendeinrichtungen be-
22 kannt gemacht werden.

23 Die Zuständigkeiten dafür obliegen hier beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport.

1 Antrag Nr.: 8

2

3 Antragsteller: Jusos Potsdam-Mittelmark

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Der SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark spricht sich gegen die Weiterführung der polizeilichen Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Straßen und Plätze aus. Der Unterbezirksvorstand wird aufgefordert, nachdrücklich diese Auffassung gegenüber der Landtagsfraktion und der Landesregierung deutlich zu machen.

11

12 **Begründung:**

13 Im Bericht der Landesregierung vom Januar 2006 über die polizeiliche Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Straßen und Plätze zu präventiven Zwecken im Land Brandenburg wird der 5-jährige Modellversuch ausgewertet. Auf über 200 Seiten werden Hände ringend Begründungen für die Fortführung der Videoüberwachung gesucht.

17 Fakt ist, dass die Anzahl der Straftaten gegen die persönliche Freiheit vom Jahr 2000 bis 2004 angestiegen ist! Ein Beleg für die die mangelnde Polizeipräsenz.

19 Verdeutlicht wird dies auch durch das subjektive Empfinden der Personen, die überwacht wurden. Diese fühlten sich absolut nicht sicherer durch die Kameras, dürfen sich aber der Einschränkung ihrer informationellen Selbstbestimmung „erfreuen“.

22 Die Videoüberwachung begrenzt aber nicht nur die Persönlichkeitsrechte der beobachteten Personen, sondern verletzt in zunehmendem Maße den demokratischen Rechtsstaat. Registrierung und Bespitzelung unbescholtener Bürger schränken diese in ihren nach dem Grundgesetz gegebenen Rechten wie beispielsweise dem Recht auf freie Meinungsäußerung erheblich ein. Der Mensch wird in seinem Verhalten durch ständige Beobachtung permanent manipuliert und kann sich über weite Strecken nicht mehr frei persönlich entfalten.

28 All diese Gründe führen klar zu der Erkenntnis, dass ein reelles Sicherheitsbedürfnis nur durch die Erhöhung der Präsenz der Polizei abgesichert werden kann, nicht jedoch durch eine absolut kostenintensive und sehr fragwürdige Videoüberwachung.

1 Antrag Nr.: 9

2

3 Antragsteller: Jusos Potsdam-Mittelmark

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Der SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark fordert das zuständige MIR der SPD- geführten
8 Brandenburger Landesregierung auf, Konzepte zur Neugestaltung und Absicherung des
9 ÖPNV in ländlichen Räumen unter Beachtung der demographischen Entwicklung zu erarbei-
10 ten, die sodann Landkreis übergreifend abgestimmt, ausgeführt und koordiniert werden.

11

12 **Begründung:**

13

14 Die demografische Entwicklung wird das Land Brandenburg auf allen politischen und gesell-
15 schaftlichen Ebenen vor große Fragen und Herausforderungen stellen. Die Versorgung aller
16 Teile Brandenburgs mit ÖPNV und SPNV spielt hierbei eine zentrale Rolle.

17 Heutige oder spätere Kürzungen der Regionalisierungsmittel stellen uns vor weitaus größere
18 Probleme als bisher nur erahnt werden kann.

19 Sind jetzt schon Züge regionaler Verbindungen während des Berufsverkehrs maßlos über-
20 füllt, sollen merkwürdigerweise gerade in diesem Bereich die Taktzeiten erhöht und so weni-
21 ger Fahrten angeboten werden. Andererseits werden nachts nur wenig gefüllte Züge auf
22 Strecken der DB gesichtet.

23 Der ÖPNV stützt sich im Wesentlichen aus den Schülertransporten. Werden nun Schul-
24 standorte geschlossen, führt dies zu einem ersten Ausdünnen der vorhandenen Netze bzw.
25 Linien. Die Kürzung von Zuschüssen wird diese Entwicklung noch zusätzlich verschärfen.

26 Es gilt, diesen Fakten durch die Entwicklung von neuen Konzepten zur Absicherung der um-
27 weltschonenden Mobilität gerade in den ländlichen Regionen zu begegnen. Diese Konzepte
28 müssen noch mehr als bisher die Verzahnung von ÖPNV und SPNV, sowie Wirtschaftlich-
29 keitsaspekte berücksichtigen.

30 Wirtschaftlichkeit heißt in diesem Sinne nicht die Streichung von Verbindungen, sondern das
31 Abwägen und die Wahl des Einsatzes optimal geeigneter bzw. angepasster Transportmittel
32 (kleinere Busse, Busersatzlinien für nicht mehr verkehrende Züge etc.) für die Beförderung
33 der Einwohner und Gäste in ganz Brandenburg.

1 Antrag Nr.: 10

2

3 Antragsteller: Jusos Potsdam-Mittelmark

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Der SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark spricht sich für die Auflage eines Förderpro-
8 gramms: „Sanierung und Modernisierung von Kindertagesstätten“ aus.

9

10 **Begründung:**

11

12 Das Thema Kinderbetreuung und Bildungspolitik bzw. Schule ist in aller Munde. Es wurden
13 insbesondere durch die letzte Bundesregierung klare Akzente zu qualitativen Verbesserun-
14 gen im Ganztags schulbereich gesetzt. So bekommen die Städte, Gemeinden und Landkrei-
15 se als Träger der Schulen durch Förderprogramme die Möglichkeit, diese zu modernisieren
16 bzw. auf einen angemessenen Stand zu bringen. Dieser Ansatz muss verstetigt und durch
17 das Land Brandenburg auf den Bereich der Kindertagesstätten ausgeweitet werden. Viele
18 Gemeinden im Land Brandenburg können allein nicht die Kraft zur Sanierung, bzw. einer
19 angemessenen Modernisierung, ihrer vorhandenen Betreuungsstätten aufbringen und sind
20 auf Beihilfen angewiesen.

21 Gezielte Investitionshilfen für die Träger der Kindertagesstätten bringen dabei neben den
22 positiven Effekten für die Kindertagesbetreuung erhebliche Verbesserungen auch für den
23 ortsansässigen Mittelstand, insbesondere für das arg gebeutelte Baugewerbe, und führen zu
24 einer positiven Korrektur der Beschäftigungssituation.

1 Antrag Nr.: 11

2

3 Antragsteller: Jusos Potsdam-Mittelmark

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Der SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark fordert die SPD-Fraktion im Brandenburger Land-
8 tag und im Kreistag Potsdam-Mittelmark auf, sich für den Ausbau von Breitband-
9 Internetanschlüssen im ländlichen Raum einzusetzen.

10

11 **Begründung:**

12

13 Die amtierende Bundesregierung hat es sich als Ziel gesetzt, den Ausbau von breitbandigem
14 Internet zu fördern. Das geplante Hochgeschwindigkeitsnetz der Telekom, auf welches sich
15 die derzeitige politische Betrachtung fokussiert, wird jedoch auch zukünftig nur einem gerin-
16 gen Teil der Bevölkerung zugänglich sein, da der Ausbau wohl nur in Großstädten rentabel
17 zu realisieren und technisch möglich sein dürfte.

18

19 Gerade in ländlichen Regionen aber lässt die Verfügbarkeit von „normalem“ Breitband-
20 Internet stark zu wünschen übrig. In einer Zeit, wo der Zugang zum Internet einen fast eben-
21 so wichtigen Stellenwert einnimmt, wie eine gut erreichbare Bundesautobahn, wäre es ein
22 schwerer Standortnachteil, wenn der Ausbau von breitbandigem Internet an ihr vorbei und
23 fast ausschließlich in Großstädten realisiert wird.

24

25 Schon jetzt existiert ein Kommunikationsinfrastrukturgefälle zwischen Ballungsräumen und
26 ländlichen Gebieten – auch in Potsdam-Mittelmark. Dies führt dazu, dass vielerorts die In-
27 formationsgesellschaft regelrecht „verschlafen“, die Attraktivität für Gewerbeansiedlungen
28 aber auch für Zuzügler geschmälert und letztendlich Wachstumspotential verschenkt wird.